



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses am 09.05.2019**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal  
Marktplatz 2  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 18:15 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

## Anwesend waren:

### Ausschussmitglieder

Dr. med. Detlef Wend	Ausschussvorsitzender SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Christina Greiner	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Hendrik Kluge	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Mirko Petrick	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tatjana Privorotskaja	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Sascha Richter	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Petra Schneutzer	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Steinicke	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Susanne Willers	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beate Gellert	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Heinicke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Uwe Kramer	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Clemens Raudith	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss <i>Vertretung für Frau Köferstein</i>
Jörg Rommelfanger	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Steffen Kohlert	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Heike Wießner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER

### **Verwaltung:**

Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin Bildung und Soziales
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Ralph Placke	Jugendpfleger
René Lukas	stellv. Protokollführer

### **Entschuldigt fehlten:**

Dr. Toralf Fischer	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Richter Bruno Glomski	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Sina Hermann	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Thomas Hesse	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Annika Möbius	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Christiane Sünemann	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Nico Teschner  
Susanne Wildner  
Kerstin Köferstein  
Helga Schubert

Andreas Schachtschneider

beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss  
beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss  
Vertretung durch Herrn Clemens Raudith  
stimmberechtigtes Mitglied im  
Jugendhilfeausschuss  
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

**zu Einwohnerfragestunde**

---

Es gab keine Fragen von Einwohnern.

**zu Kinder und Jugendsprechstunde**

---

Es gab keine Fragen zur Kinder und Jugendsprechstunde.

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Frau Gellert, stellv. Ausschussvorsitzender**, eröffnete die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Brederlow** informierte, dass unter dem TOP 2.1.1 eine Dringlichkeitsvorlage Verlängerung der Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) – Teilplan für die Leistungen der präventiven Jugendhilfe (§§ 11-13, 14, 16 SGB VIII) Vorlage: VI/2019/05139 vorliegt. Sie begründete die Dringlichkeit dieser Beschlussvorlage.

**Frau Ranft** bat darum, die Mitteilung unter dem TOP 8.3 vorzuziehen. Sie wies darauf hin, dass die Beschlussvorlage unter dem TOP 5.2 Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2019/04806 im Bildungsausschuss vertagt wurde. Daraus folgend sollte diese Beschlussvorlage im heutigen Jugendhilfeausschuss ebenfalls vertagt werden.

**Frau Brederlow** empfahl die Mitteilung unter dem TOP 8.4 Unterstützung des Aktionsbündnisses Schulsozialarbeit (Umsetzung des Beschlusses VI/2019/05021) vorzuziehen.

**Frau Gellert** bat um Abstimmung zur Dringlichkeitsvorlage Verlängerung der Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) – Teilplan für die Leistungen der präventiven Jugendhilfe (§§ 11-13, 14, 16 SGB VIII) Vorlage: VI/2019/05139

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

Die Dringlichkeitsvorlage wird unter dem Tagesordnungspunkt 5.3 behandelt.  
Da es keine weiteren Änderungen zur Tagesordnung gab, rief **Frau Gellert** zur Abstimmung der geänderten Tagesordnung auf.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

Folgende geänderte Tagesordnung wurde festgestellt

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 3.1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit vom 04.04.2019
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe; Innovative Maßnahmen nach Ziffer 2.2.2 der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Förderung der freien Jugendhilfe i.d.F. vom 22.05.2017 (Förderrichtlinie) mit einer Antragssumme von mehr als 5.000,00 EUR  
Vorlage: VI/2019/04958
- 5.2. Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2019/04806
- 5.3. Verlängerung der Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) – Teilplan für die Leistungen der präventiven Jugendhilfe (§§ 11-13, 14, 16 SGB VIII)  
Vorlage: VI/2019/05139
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Bericht Lokales Netzwerk Kinderschutz
- 8.2. Ferienmaßnahmen Internat Jugendarbeit
- 8.3. Präsentation Zusatzkosten zwischen Eltern und Kita JHA
- 8.4. Unterstützung des Aktionsbündnisses Schulsozialarbeit (Umsetzung des Beschlusses VI/2019/05021)
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen
- 10.1. Themenspeicher

**zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift**

---

**zu 3.1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit vom 04.04.2019**

---

Die Niederschrift vom 04.04.2019 wurde bestätigt.

#### **zu 8.4 Unterstützung des Aktionsbündnisses Schulsozialarbeit (Umsetzung des Beschlusses VI/2019/05021)**

**Frau Brederlow** teilte mit, der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, das Aktionsbündnis Schulsozialarbeit zu unterstützen. Sie erwähnte, dass ein Wegfall dieser Angebote ein großer Verlust für die Bildungslandschaft der Stadt Halle bedeuten würde.

**Frau Brederlow** unterschrieb die vorliegende Unterschriftenliste für die Grundsätze und Ziele des Aktionsbündnisses zur Verständigung der Schulsozialarbeit in Sachsen-Anhalt über das Jahr 2020. Die Liste wurde allen Anwesenden zur freiwilligen Unterschriftsleistung zur Verfügung gestellt.

#### **zu 8.3 Präsentation Zusatzkosten zwischen Eltern und Kita JHA**

---

---

**Frau Gellert** regte an, die anschließende Diskussion zum Thema im nicht öffentlichen Teil zu führen.

**Frau Ranft** fragte, warum die Diskussion im nicht öffentlichen Teil stattfinden soll.

**Frau Gellert** teilte mit, dass Sie sich nach der Präsentation dazu äußert.

**Herr Frolow** informierte anhand einer Präsentation zu Zusatzkosten zwischen Eltern und Kita.

Die Präsentationen ist im Session unter dem TOP 8.3 hinterlegt.

**Frau Ranft** bemerkte, dass diese Angelegenheit alle Eltern betrifft. Eine öffentliche Diskussion sollte somit ermöglicht werden.

**Frau Gellert** sagte, dass sich die Sprecher der Interessengemeinschaft freie Träger und der Stadtelternerat zu einem Gespräch getroffen haben. Sie bat Herrn Heinicke um Erläuterung des Gespräches.

**Herr Heinicke** teilte mit, dass dieser Sachverhalt in der Interessengemeinschaft freie Träger besprochen wurde. Dabei wurden die Anfragen der Elternvertreter aufgenommen und diskutiert. Das Gespräch wurde von allen Teilnehmern als sehr konstruktiv bewertet. Die freien Träger haben die Vorgehensweise und den Einsatz der Gelder im Detail erläutert. Es wurde von allen Anwesenden signalisiert, dass dieser Sachverhalt verständlich und transparent erklärt wurde. Er sagte, dass die inhaltliche Wiedergabe des erschienenen Zeitungsartikels nicht genau das widerspiegelt was besprochen wurde. Hierbei sind verschiedene Aspekte aus der Sicht der freien Träger nicht nachvollziehbar. Er betonte, dass die Darstellung einer Veruntreuung von Geldern, keine Grundlage einer Diskussion sein sollte.

**Frau Gellert** erwähnte, dass das Elternkuratorium nochmalig getagt hatte und dort dieser Sachverhalt als Konsens beurteilt wurde. Sie bemerkte, dass Herr Hesse bestätigt hat, dass sich der Stadtelternrat von der Aussage des Zeitungsartikels distanziert. Die dortige Meinungsäußerung spiegelt einzelne Personen wider.

**Herr Hopfgarten** sagte, dass er diesen Sachverhalt für schwierig hält. Er fragte, wieso die freien Träger solche Zusatzbeiträge in unterschiedlicher Höhe abfordern können. Es erweckt den Eindruck, dass es keine Regelung gibt, wie dieses Zusatzgeld transparent für Eltern abgerechnet werden kann. Im Zusammenhang mit dem Zeitungsartikel hat sich dieser vorliegende Aspekt verschärft.

**Herr Mahler** wies darauf hin, dass es in der Gesprächsrunde mit den freien Trägern darum ging, eine gewisse Transparenz zu den geforderten Zusatzbeiträgen gewährleisten zu können. Im Zeitungsartikel wird erwähnt, dass die Leiter\*innen keine Aussage treffen können, für welchen Zweck diese Zusatzbeiträge verwendet werden. Als Elternteil erschließt sich somit nicht die Notwendigkeit eines Zusatzbeitrags.

**Herr Kohlert** fragte, wie sich ein transparenter Umgang mit Zusatzgebühren vorzustellen ist. Er hinterfragte den in der Präsentation erwähnten Begriff „Investitionspauschale“.

**Frau Wießner** fragte, was mit den Kindern geschieht, wo sich Eltern einen solchen Zusatzbeitrag nicht leisten können bzw. nicht wollen.

**Frau Dr. Schöps** stellte fest, dass Haushalte die auf Hartz IV angewiesen sind oder ein geringes Einkommen besitzen, keine Möglichkeit haben diese Zusatzkosten zu reduzieren. Es besteht derzeit keine geldliche Unterstützung für diese Zusatzkosten. Sie fragte, ob es hierzu neue Entwicklungen gibt, solche Haushalte hinsichtlich dieser Zusatzkosten zu unterstützen.

**Frau Brederlow** betonte, dass hierzu eine eindeutige Rechtslage besteht. Die Beschwerden, die die Verwaltung erreicht haben, hatten mit der fehlenden Transparenz zu tun.

**Herr Mahler** wies darauf hin, dass Eltern die ALG II erhalten oder alleinerziehend sind, einen solchen Zusatzbeitrag schwer aufbringen können.

**Herr Dr. Kluge** äußerte seine Erkenntnisse im Bereich der kirchlichen Einrichtungen aus der Sicht seiner Tätigkeit als Geschäftsführer. Er sagte, dass in diesem Bereich keine neuen Beiträge eingeführt worden, seit vielen Jahren existieren gewisse Extrabeiträge. Eltern werden bei Vertragsabschluss über mögliche Zusatzbeiträge informiert und stimmen diesen zu.

**Frau Ranft** bemerkte, dass Eltern aus verschiedenen Einrichtungen untereinander über dieses Thema kommunizieren. Darauffolgend entstehen bei den Eltern Überlegungen warum unterschiedliche Summen von Zusatzbeiträgen existieren. Es ist anerkennenswert, dass die freien Träger mit den Elternvertretern Gespräche führen. Eine Transparenz in Form einer Selbstverpflichtung wäre vorteilhaft.

**Frau Gellert** erwähnte, dass es Zusatzbeiträge in Kitas seit ca. 25 Jahren gibt.

**Herr Heinicke** wies darauf hin, dass eine hohe Trägervielfalt in Halle (Saale) besteht. Aus diesem Grund bestehen unterschiedliche Summen von Zusatzbeiträgen. Er bemerkte, dass die Darstellung einer Transparenz durch die Kontrollfunktion des Elternkuratoriums geregelt ist.

**Frau Dr. Schöps** fragte, was geschieht mit den Kindern, wenn Eltern diesen Zusatzbeitrag nicht aufbringen können.

**Herr Frolow** teilte mit, dass in der letzten Folie der Präsentation das weitere Vorgehen des Geschäftsbereichs Bildung und Soziales dargestellt ist. Die Träger werden aufgefordert, die durch sie erhobenen Zusatzkosten den Eltern offenzulegen. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass Zusatzbeiträge ausschließlich für besondere pädagogische Angebote, Ausflüge, Abschlussfahrten, Feste und weitere besondere durch die Eltern gewünschte Angebote erhoben werden können. Es wird Eltern und Trägern empfohlen, Regeln der Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Ausgaben zu vereinbaren. Der Fachbereich Bildung wird nach Auswertung der erhöhten Zusatzkosten hierzu Unterstützung und Empfehlung geben.

**Herr Mahler** betonte, dass manche Eltern keine Alternative haben, ihr Kind in einen Hort ohne Zusatzbeiträge zu bringen.

**Frau Dr. Schaarschmidt** sagte, dass zu diesem Thema keine Vorwürfe oder eine ähnliche Argumentation an einzelne Träger erfolgen sollten. Man kann sich bei dieser Thematik vertrauensvoll an den Fachbereich Bildung wenden.

**Herr Dr. Wend** übernahm als Ausschussvorsitzender die Sitzungsleitung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

#### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

Es gab keine Bekanntgabe von gefassten Beschlüssen in der nicht öffentlichen Sitzung.

#### **zu 5 Beschlussvorlagen**

---

**zu 5.1 Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe; Innovative Maßnahmen nach Ziffer 2.2.2 der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Förderung der freien Jugendhilfe i.d.F. vom 22.05.2017 (Förderrichtlinie) mit einer Antragssumme von mehr als 5.000,00 EUR  
Vorlage: VI/2019/04958**

---

**Frau Brederlow** führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

*Frau Haupt befand sich nach §33 KVG im Mitwirkungsverbot und hat an der Abstimmung sowie Beratung nicht teilgenommen.*

**Herr Kramer** wies darauf hin, dass bereits mehrfach über diese Beschlussvorlage diskutiert wurde. Im Ausschuss wurde sich darüber verständigt, dass dieser Antrag beschlossen werden sollte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung bat

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Förderung der Innovativen Maßnahmen mit einer Antragssumme von mehr als 5.000,00 EUR für das Jahr 2019 unter Haushaltsvorbehalt gemäß der Anlage 1 in Höhe von:

16.600,00 EUR.

**zu 5.2 Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2019/04806**

---

**Beschlussvorschlag:** vertagt

Der Stadtrat beschließt die fünfte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) - Fünfte Änderungssatzung Schulbezirkssatzung – gemäß der Anlage 1.

**zu 5.3 Verlängerung der Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) – Teilplan für die Leistungen der präventiven Jugendhilfe (§§ 11-13, 14, 16 SGB VIII)  
Vorlage: VI/2019/05139**

---

**Frau Brederlow** führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

**Frau Ranft** fragte, ab wann die zugehörige Stelle besetzt sein wird.

**Frau Brederlow** teilte mit, dass diese Stelle ab dem 01.07.2019 besetzt wird.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung bat



**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**Beschlussempfehlung**

Der Stadtrat beschließt die Gültigkeit der beschlossenen Jugendhilfeplanung 2016 – 2019 der Stadt Halle (Saale) in allen ihren Bestandteilen für weitere zwei Jahre bis zum 31.12.2021.

**zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 8 Mitteilungen**

---

**zu 8.1 Bericht Lokales Netzwerk Kinderschutz**

---

Der Bericht Lokales Netzwerk Kinderschutz wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.2 Ferienmaßnahmen Internat Jugendarbeit**

---

Die Mitteilung Ferienmaßnahmen Internat Jugendarbeit wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

**zu 9.1 Frau Haupt zu Freekickers Silbercity Halle (Saale)**

---

**Frau Haupt** nahm Bezug zu den Freekickers Silbercity Halle (Saale).

Sie sagte, dass dieser Verein kein Träger der freien Jugendhilfe ist. Sie fragte, ob es dahingehend eine Unterstützung von Streetworkern gibt.

**Herr Placke** teile mit, dass es zu diesem Sachverhalt keine neuen Erkenntnisse gibt. Es wird mit den Freekickers Silbercity Halle (Saale) zusammengearbeitet. Die Streetworker sind einmal bis zweimal in der Woche vor Ort, um Gespräche zu führen.

#### **zu 9.2 Frau Ranft zum Präventionskonzept**

---

**Frau Ranft** fragte, ob das Präventionskonzept eine Informationsvorlage oder Beschlussvorlage sein wird.

**Frau Brederlow** teilte mit, dass das Präventionskonzept eine Informationsvorlage sein wird.

#### **zu 9.3 Frau Ranft zu 13 zusätzlichen Erzieherstellen für Kitas**

---

**Frau Ranft** nahm Bezug auf die 13 zusätzlichen Erzieherstellen für Kitas mit besonderem Bedarf. Es liegt die Information vor, dass diese über die KiföG Mittel vom Land Sachsen-Anhalt finanziert werden sollen. Sie fragte, ob es dennoch bei diesen 13 Stellen bleibt oder es weniger werden.

**Frau Brederlow** wies darauf hin, dass für diese geplanten 13 Stellen ein Antrag an das Land Sachsen-Anhalt gestellt wird. Aufgrund der Situation in Halle (Saale) stehen die Chancen gut, diese zusätzlichen Stellen zu bekommen.

#### **zu 9.4 Frau Gellert zu Schulsozialarbeitern**

---

**Frau Gellert** fragte, ob die freien Träger mit den im Stadtrat beschlossenen Schulsozialarbeitern, kalkulieren können.

**Frau Brederlow** sagte, dass der Fachbereich Bildung den Auftrag hat, eine entsprechende Beschlussvorlage für den Jugendhilfeausschuss im Juni vorzubereiten. Derzeit besteht ein interner Klärungsbedarf in der Verwaltung. Die Mittel wurden nur für 2019 freigegeben.

#### **zu 9.5 Frau Gellert zu Gebührensatzung und Nutzungssatzung**

---

**Frau Gellert** wies darauf hin, dass die Gebührensatzung und Nutzungssatzung für den Hort verabschiedet werden muss. Sie fragte, wann diese im Stadtrat vorgestellt wird.

**Frau Brederlow** sagte, dass diese Satzung im Juni vorgestellt werden müsste, weil danach der Stadtrat sich neu konstituiert.

## zu 9.6 Herr Dr. Wend zu ungeimpften Kindern aus dem Bereich der Sinti und Roma

---

**Herr Dr. Wend** erwähnte den Sachverhalt von ungeimpften Kindern aus dem Bereich der Sinti und Roma. Er sagte, dass das Schirmprojekt bei dieser Problematik unterstützt, aber es hinsichtlich dieser Hilfestellung an Räumlichkeiten fehlt.

**Frau Brederlow** teilte mit, der Verwaltung ist dieser Sachverhalt bekannt. Der Fachbereich Gesundheit hat bereits dazu Sprechstunden angeboten. Die Verwaltung wird den geschilderten Sachverhalt erneut prüfen.

## zu 9.7 Frau Gellert zum Umgang mit Läusen

---

**Frau Gellert** wies auf die Problematik im Umgang mit Läusen hin. Es stellt sich die Frage, wann eine Person Läusefrei bzw. ab wann betroffene Kinder wieder eine Kita besuchen können. Sie bat darum, diese Problematik dem Gesundheitsamt zu erläutern.

**Frau Brederlow** wies darauf hin, dass es zu diesem Thema mehrere Merkblätter im Internet gibt.

**Herr Dr. Wend** erläuterte aus fachspezifischer Sicht den medizinischen Umgang hinsichtlich eines Läusebefalls.

## zu 10 Anregungen

---

Es wurden keine Anregungen gegeben.

### zu 10.1 Themenspeicher

---

Der Themenspeicher wurde zur Kenntnis genommen.

Da es keine weiteren Anregungen gab, beendete **Herr Dr. Wend** die öffentliche Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Dr. Detlef Wend  
Ausschussvorsitzender

---

René Lukas  
stellv. Protokollführer